

Offener Brief

Juli 2009

Frau Bundeskanzler Dr. Angela Merkel
Frau Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Ursula von der Leyen
Frau Bundesministerin Brigitte Zypries
Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales Olaf Scholz
Herrn Bundesminister für Wirtschaft Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Frau Bundesministerin für Gesundheit Ulla Schmidt
Herrn Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble

Wir - Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Beratungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter und engagierte Einzelpersonen - verfolgen seit Ende Juni die Debatte um den Pussyclub in Fellbach und ähnliche Flatrate-Angebote.

Die aggressive Werbung dieser Clubs suggeriert, dass hier alle Variationen sexueller Dienstleistungen so oft und so lange, wie der Kunde will, geleistet werden.

Diese Werbung gefällt uns auch nicht. So wenig wie Flatrate-Trinken/Essen oder All-Inklusiv-Urlaube mit genussvollem Trinken, Essen oder Urlauben zu tun haben, hat eine Sex-Flatrate mit genussvollem Sex zu tun.

Trotzdem geben wir zu Bedenken:

- Flatrate-Angebote sind zuallererst Werbung, Slogans in Zeiten der Krise, um Kunden zu locken. Schon seit längerer Zeit haben sie im Sexbusiness Fuß gefasst. Billigangebote verschärfen immer den Konkurrenzdruck.

Dennoch: Reißerische Werbung eines Betreibers und zwischenmenschliche Realität der sexuellen Dienstleistung sind nicht identisch. Auch in der Sexarbeit besteht eine nicht zu vernachlässigende Diskrepanz zwischen Werbebotschaft und Anwendungserleben.

Wir würden zu dieser Diskrepanz gern die Betroffenen anhören.

- Eine Gegendarstellung der Geschäftsführerin des Pussy Club Fellbach liegt vor. Sie hebt hervor, dass die bei ihr tätigen Sexarbeiterinnen frei wählen, welche sexuellen Dienstleistungen sie wem und wann anbieten. Sie zahle an sie pauschale Anwesenheitshonorare für die Bereitstellung von Leistung und nicht für deren Erbringung. (siehe Anlage)

Wir möchten uns über diese Einlassung ein Urteil bilden können. Wurde die Betreiberin zu einem Gespräch geladen? Der Presse war zu entnehmen, dass Polizei und Ordnungsamt keine Beanstandungen hatten.

- Es liegt auch ein offener Brief von Sexarbeiterinnen aus Stuttgart, Wuppertal, Heidelberg und Berlin vor. Sie erklären, in den Clubs frei entscheiden zu können, wie lange und wie sie mit dem Kunden Zeit im Arbeitszimmer verbringen möchten. Vorgegeben sei allein die Unterhaltung im Partyraum. Sie seien froh, diesen

Arbeitsplatz zu haben, der ihnen ein gehobenes Einkommen ermöglicht. (siehe Anlage)

Darüber würden wir gern Genaueres wissen: Wie wurde auf dieses Schreiben reagiert? Wurde versucht, mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen?

- Selbstverständlich müssen Sexarbeiterinnen Kunden ablehnen und Preise bestimmen können. Selbstverständlich sollten auch Arbeitsrechte und Arbeitsschutzvorschriften in der Sexarbeit Anwendung finden.

Leider bieten nicht alle Betriebe wirklich gute und sichere Arbeitsbedingungen. Bis heute wurden keine beruflichen Standards festgeschrieben und keine Instanzen, wie beispielsweise Berufsverbände, geschaffen und unterstützt, die solche Standards entwickeln und ihre Einhaltung kontrollieren könnten.

Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass Sexarbeit mit Ausbeutung und sexualisierter Gewalt assoziiert wird und nicht mit Erwerbstätigkeit und Markt. Entsprechend werden die darin Tätigen als Opfer gesehen, nicht als Expertinnen und Experten ihrer Profession. Damit werden ihnen Gestaltungsfreiheit und Kompetenz abgesprochen.

- Wir wünschen uns eine Beteiligung von Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter an der Debatte. Viele von ihnen fordern z.B. klar und deutlich, ein Annahme- und Schaltungsverbot von Werbung für unsichere Sex-Praktiken einzuführen. Sie fordern auch, Sexarbeit anderen Erwerbstätigkeiten gleich zu stellen oder als freiberufliche Tätigkeit anzuerkennen.

Vor allem fordern Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter Rechte, um gegen Unrecht vorgehen zu können.

Die Kampagne gegen die Flatrate-Angebote argumentiert mit dem diffusen Begriff der „Würde der Sexarbeiterinnen“. Deren Rechte drohen dabei unterzugehen. So wird gefordert, das Prostitutionsgesetz zurück zu nehmen - das erste Gesetz, das Sexarbeiterinnen Rechte zuerkennt.

Solche Forderungen setzen sich über die Köpfe der Beteiligten hinweg. Insgesamt steuert die Debatte in eine Richtung, die zu einer Kriminalisierung der Sexarbeit und zu ihrer Verdrängung in Grauzonen mit erhöhter Vulnerabilität zurückkehrt.

Um diese Richtung umzukehren, sollten nicht die bestehenden Rechte bestritten, sondern Wege bereitet werden, diese Rechte auszubauen und abzusichern.

Ergreifen Sie die Gelegenheit mit den Beteiligten zu sprechen und sie an einen Tisch zu bringen, um wirkliche Verbesserungen der Bedingungen in der Sexarbeit zu erstreiten. Laden Sie andere in der Sexarbeit Tätige dazu.

Es geht um deren Arbeit und um unsere Solidarität mit ihnen. Solidarität aber verlangt Anerkennung! Akashe Böhme hat das schon 1994 sehr gut fest gehalten:

„Solidarität heißt eben auch, die anderen mit ihren Problemen und ihrem Selbstverständnis ernst zu nehmen, selbst wenn wir anderer Meinung sind - das schließt jede tyrannische Fürsorge, Bevormundung und insbesondere Objektivierung der anderen aus. Solidarität ist eben etwas ganz anderes als Mitleid, Solidarität verlangt Arbeit und Selbstüberwindung, und das sollten wir gegenseitig von uns verlangen.“

UnterzeichnerInnen

- agisra e.V. | Köln
- Amnesty for Women e.V. | TAMPEP-Deutschland | Hamburg
- Anita Glück
- Anita Sommer
- Annette Salinga
- context e.V. | Hamburg, Berlin
- Escort Wien Liebeselfen
- Hydra e.V. | Berlin
- Kassandra e.V. | Nürnberg
- Kober | Dortmund
- Kolleginnen Sperrgebiet | Hamburg
- Madonna e.V. | Bochum
- Marc, Callboy Connection | Frankfurt/Main
- Mimikry/Marikas | München
- Nina- Sexarbeiterin -Admina sexworker.at
- Nitribitt e.V. | Bremen
- Phoenix e.V. | Hannover
- Ragazza e.V. | Hamburg
- Ralf Rötten, Callboy-Berater, querstrich | Berlin
- Roxanne | pro familia Koblenz
- Service e.V. | Nürnberg
- sexworker@yahoogroups.de - www.sexworker.at
- Tamara | Frankfurt am Main
- Ulrike Rothe